

Aus dem Hessischen Landtag

22.06.2018

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Zum Beginn der Sommerferien wünsche ich allen Hessinnen und Hessen eine wunderschöne Sommerzeit und einen erholsamen Urlaub!



Regierungserklärung Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsminister [Tarek Al-Wazir hat eine Regierungserklärung](#) zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen gehalten. Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaft, die ökologisch, klimaschonend und gerecht ist. Wirtschaftliche Tätigkeit soll allen Menschen dienen und dabei unsere Lebensgrundlagen erhalten. Dafür denken wir Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammen. Wir entwickeln innovative Zukunftsbranchen wie Erneuerbare Energien, die Kreativwirtschaft, Fintechs oder Cybersicherheit, fördern die Gründerkultur und ökologische Geldanlagen. Damit weniger Ressourcen verbraucht werden, fördern wir Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in moderne Technologien. Noch 2018 werden wir die flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen. Wir haben die Angebote für Aus- und Weiterbildung auch für junge Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, verbessert und als erstes Bundesland flächendeckend Beratungsstrukturen zur Nachqualifizierung von Arbeitskräften aufgebaut.



Aktuelle Stunde - Verkehrswende - Bahn-Trasse Fulda-Gelnhausen

Die [Trasse für den Ausbau der Strecke zwischen Fulda und Gelnhausen](#) steht fest. Wir wollen die Verkehrswende hin zu klimaschonender, moderner Mobilität; dabei ist die Bahn ein zentraler Baustein. Um Kapazitäten auf der Schiene zu erweitern, hat Verkehrsminister Al-Wazir sich erfolgreich beim Bund für eine bessere Förderung der Nah- und Fernverkehrsprojekte eingesetzt. Für die nächsten Jahre stehen **zwölf Milliarden Euro für zwölf Schienenprojekte** in Hessen zur Verfügung. Auch die drei hessischen Verkehrsverbünde erhalten bis 2021 im Vergleich zur letzten Finanzierungsperiode 24 % mehr Mittel.



Leitbild Wasserversorgung

Das [Leitbild zur Wasserversorgung](#) im Rhein-Main-Gebiet ist ein erster wichtiger Schritt, um den zukünftigen Anforderungen für eine nachhaltige Nutzung der so wertvollen Ressource Wasser in Hessen gerecht zu werden. Aus einem intensiven und breit angelegten Dialog ist ein Leitbild entstanden, das eine solide Grundlage für die weitere Arbeit liefert. Maßgabe ist dabei eine nachhaltige



Wasserversorgung. Es ist eine große Herausforderung, die unterschiedlichen Interessen und Belastungen der Gewinnungsgebiete, wie dem Vogelsberg, Burgwald oder Hessischem Ried, und der großen Abnehmer wie Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden auszugleichen.

Auf Landesebene hat das Umweltministerium bereits vor anderthalb Jahren einen Leitbildprozess zum Integrierten Wasser-Ressourcen-Management Rhein-Main gestartet, in dem Vertreter der Kommunen, der Wasserversorger, der Schutzverbände sowie der Politik an einem Tisch über die Lösung der großen Zukunftsaufgabe beraten. Die zentralen Elemente und Grundlagen des Leitbildes geben vor, dass die Ressourcen geschützt werden müssen und dass die Wasserversorgung in der Region langfristig sichergestellt werden muss. Das Leitbild berücksichtigt insbesondere auch die zukünftigen neuen Herausforderungen wie den Klimawandel und den demografischen Wandel beim Umgang mit der kostbaren Ressource Wasser. Wir brauchen Lösungen, etwa zu einer vermehrten Brauchwassernutzung in neuen Wohngebieten oder zum Erhalt

ortsnaher Gewinnungsanlagen. Da für all diese Projekte am Ende auch immer eine breite gesellschaftliche und politische Mehrheit notwendig ist, soll das Leitbild dazu beitragen, die verschiedenen ökologischen und ökonomischen, gesellschaftlichen und kommunalen sowie die wasserwirtschaftlichen Kriterien immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.

Ganztagsschulprogramm

Der Ausbau des Ganztagsschulprogramms geht voran. Alle Anträge für die Aufnahme in den Pakt für den Nachmittag und für die Einrichtung einer rhythmisierten Ganztagschule wurden genehmigt. 450 zusätzliche Stellen beschleunigen im Schuljahr 2018/19 den Ausbau der Ganztagschulen. Im neuen Schuljahr kommen neun gebundenen Ganztagschulen neu hinzu. 26 Schulen werden neu

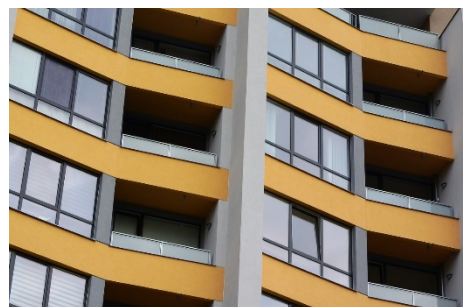


in das Ganztagsschulprogramm aufgenommen, 201 Schulen erweitern ihr Ganztagsangebot und 88 Schulen wechseln in ein höheres Profil. Vier neue Schulträger mit zehn neuen Schulen wollen in den Pakt für den Nachmittag aufgenommen werden. Dazu kommen noch 32 Schulen der bisherigen am Pakt beteiligten Schulträger. Insgesamt werden im Schuljahr 2018/2019 also 208 Schulen vom Pakt für den Nachmittag profitieren.

[Weitere GRÜNE Ideen für den Ausbau der Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Hessen finden Sie in unserem Konzeptpapier.](#)

Sozialer Wohnungsbau

In allen Bundesländern wurden bis vor wenigen Jahren öffentliche Wohnungsbaugesellschaften verkauft und zu wenige neue Sozialwohnungen geschaffen. Heute haben wir bundesweit nur noch halb so viele Sozialwohnungen wie in den 90er Jahren. Dabei haben wir steigende Einwohnerzahlen und einen massiven Zuzug in die Städte. **In Hessen**



wurden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau vervierfacht. Mit dem Gesetz zum Wohnraum-investitionsprogramm unterstützen wir Kommunen bis 2020 mit 257 Millionen Euro für sozialen Wohnraum und Wohnungen für Geflüchtete. Insgesamt stehen

im ‚Masterplan Wohnen‘ **1,7 Milliarden Euro** für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Das entspricht 20.000 Wohnungen für ungefähr 60.000 Menschen. Das WIPG biete den Bauträgern die gleichen guten Förderkonditionen wie das auslaufende Kommunale Investitionsprogramm. Insbesondere finanzschwache Kommunen können damit über die Laufzeit des KIP hinaus weiter in bezahlbaren Wohnraum investieren und nach Berechnungen der Landesregierung rund 2.750 neue Wohnungen schaffen.

[Infos zur landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte finden Sie hier.](#)

Setzpunkt Hochschule

Es ist unser zentrales politisches Ziel, der steigenden Nachfrage nach Studienplätzen auch ein adäquates Angebot entgegen zu setzen und den Zugang zur Hochschule allen Interessierten offen zu halten. Im Wintersemester 2017/18 studierten an hessischen Hochschulen über 260.200 Studierende. Das ist ein Plus von 88.941 Studierenden gegenüber dem WS 2008/09. Hessen hat als erstes Bundesland die Forderung der großen Wissenschaftsorganisationen erfüllt, die Grundfinanzierung der Hochschulen verlässlich zu steigern. Der [Hochschulpakt 2020](#) zwischen Bund und Ländern ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Hochschulfinanzierung. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich mit den Ländern eine Nachfolgeregelung zu schaffen. Ziel muss eine Verstetigung der Mittelzuweisung sein, um möglichst viel Planungssicherheit zu erreichen.



Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FdGO) und ist somit ein wichtiges Instrument der wehrhaften Demokratie. Nach dem Gesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen die Aufgabe, es den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und



die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Das neue hessische Verfassungsschutzgesetz legt die Grundlage für einen modernen Verfassungsschutz mit klaren Regeln und gestärkter parlamentarischer Kontrolle. Der Verfassungsschutz hat sich bereits in den vergangenen Jahren verändert. Das neue Gesetz hält diesen Wandel schon in der Präambel verbindlich fest: Es stellt klar, dass das [Landesamt für Verfassungsschutz](#) Dienstleister der Demokratie zu sein hat, fordert das Vorhalten von analytischen Kompetenzen und legt fest, dass es gesellschaftliche Vielfalt und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen muss.

[Details können Sie auf meiner Website nachlesen.](#)

KURZ NOTIERT:

HESSERTREND



Wir freuen uns über die wachsende Zustimmung zu unserer Arbeit, die der kürzlich vom [Hessischen Rundfunk veröffentlichte Hessestrend](#) dokumentiert. Wir liegen in dieser Umfrage drei Prozentpunkte über unserem Wahlergebnis von 2013 und einen Punkt höher als bei der Umfrage des gleichen Instituts vom Januar. Wer will, dass Hessen sich weiter zu mehr Ökologie, Gerechtigkeit und Weltoffenheit entwickelt, muss DIE GRÜNEN möglichst stark machen – sonst droht eine große Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners wie in Berlin. Wir stehen für echte Lösungen mit Vernunft, Augenmaß und Leidenschaft. Ein auf Angst, Ausgrenzung, Hass und Rassismus fußendes Gesellschaftsbild hat keinen Platz in unserem Land. Mit der von uns GRÜNEN mitgeprägten Arbeit der Landesregierung sind 58 % der Menschen in Hessen zufrieden oder sehr zufrieden – so viele wie noch nie in den Hessestrend-Daten. Wir haben einstimmig ein ambitioniertes Wahlprogramm verabschiedet, in dem steht, was wir in der kommenden Wahlperiode vorhaben. Wir haben nicht nur Visionen, wir benennen auch klar die Schritte zu ihrer Umsetzung.

PETITIONSAUSSCHUSS



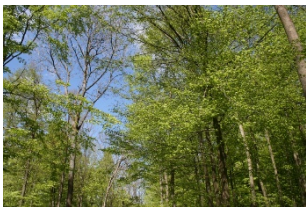
Beim Hessestrend in Korbach diskutierten die Obleute des Petitionsausschusses über den Unterschied zwischen Online-Petitionen und Petitionen, mit denen sich der Hessische Landtag befasst. Ergebnis: Online-Petitionen erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit, sind ein Instrument der Willensbildung und haben oft appellativen Charakter. Sie bewirken aber keine Überprüfung der Entscheidung, um die es in der Petition geht. Eine Petition beim Landtag dagegen führt immer zur Überprüfung des Sachverhaltes (z.B. Entscheidungen von Behörden). An der Überprüfung beteiligt sind Abgeordnete des Petitionsausschusses und die zuständigen Ministerien.

KINDERRECHTE



Ein Jahr lang hat die Kinder- und Jugendrechts-beauftragte Prof. Dr. Katharina Gerarts die [Kinder- und Jugendrechts-Charta](#) zusammen mit Verbänden und Vereinen und mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet und sie jetzt an die Landesregierung übergeben. Die Charta enthält Handlungsempfehlungen an die Landesregierung und führt auf, was Hessen schon für Kinderrechte tut. Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, ein Recht auf Bildung, ein Recht auf Mitbestimmung und ein Recht auf gute Gesundheitsversorgung, auf Ernährung und Wohnen, auf Sport und Freizeit. Die Landesregierung setzt das Recht auf frühe Bildung mit dem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren um. Wir finanzieren Fortbildungen zu Kinderrechten für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Lernorten. Wir unterstützen die Partizipation und schützen das Recht auf Unversehrtheit unter anderem mit dem Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und fördern aus dem Sozialbudget entsprechende Beratungsstellen.

WALDSCHUTZ



Wir unterstützen das Anliegen des „[Aktionsbündnisses Langener Bannwald](#)“ für den Erhalt von Bannwaldflächen und für mehr Naturschutz in Hessen. Wir GRÜNE haben mit Änderungen im Waldgesetz dafür gesorgt, dass Bannwald wieder besser geschützt wird. Auch der aktuelle Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht einen strengeren Schutz vor. Bannwald darf unter den neuen gesetzlichen Bedingungen nur in zwei Fällen gerodet werden: wenn Gefahren für hochrangige Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit bestehen – also beispielsweise Menschenleben gefährdet sind – oder wenn in einem Gebiet Vorhaben von überregionaler Bedeutung im überwiegendem öffentlichen Interesse verwirklicht werden müssen. Auch in diesen Fällen muss an anderer Stelle Wald neu aufgeforstet und zusätzlich dieselbe Fläche bestehenden Waldes neu als Bannwald ausgewiesen werden. In Hessen wurden seit der deutlichen Verbesserung des Schutzes deutlich weniger Waldflächen gerodet als zuvor. In den vergangenen drei Jahren wurden lediglich 9,9 Hektar aufgrund von Gerichtsentscheidungen zur Abholzung freigegeben, ein Bruchteil der 271,7 Hektar Bannwald, die insgesamt in den vergangenen zehn Jahren gerodet wurden, vor allem für den Flughafen-Ausbau.

STRASSENBAUBEITRAG



Ein Einwohner von Hofheim am Taunus ist mit seiner Klage gegen die Stadt wegen Kosten für eine Straßensanierung gescheitert. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erklärte den Straßenbaubeitrag in Hessen für rechtmäßig. Der Mann ist Miteigentümer eines Hauses im Stadtgebiet. Nach 50 Jahren sollte dort eine Straße grundlegend saniert werden. Die Stadt Hofheim verlangte anteilig 1700 Euro Vorausleistung.